

Hetzen als politisches Programm

Rechte Medien rüsten auf. Auch die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sind Ziel des Angriffs. Beispielhaft stellen wir die Zeitungen bzw. Magazine „Junge Freiheit“, „eigentümlich frei“ und „compact“ vor

Die AfD übt starken politischen Druck auf die GEW und andere Gewerkschaften im DGB aus. Unterstützt wird sie dabei publizistisch von den Zeitschriften „Junge Freiheit“, „eigentümlich frei“ oder „compact“. Es gibt Mitglieder in unserer GEW, die schätzen diese Postillen – und zwar wegen der dort publizierten ‚unkonventionellen Positionen‘. „eigentümlich frei“ nennt sich „freisinnig“. Zum Markenkern wird das „sich bekennen“ zu rechtsnationalen Positionen und politisch brisanten Tabubrüchen. Nutzt das unseren gewerkschaftlichen Aktivitäten?

Immerhin sind hier Akteur_innen wie Beatrix von Storch aus dem Bundesvorstand der AfD am Werk (anarchistische Rechtsschreibprüf-Programme zaubern schon mal ein „I“ zusätzlich in ihren Namen – verflixter Buchstabensalat!) oder Bruno Bandulet, ein alter Freund der Rassisten Südafrikas, die Nelson Mandela und den ANC mit Gefängnisstrafen und Terror bekämpften. Er arbeitet in der Redaktion von „eigentümlich frei“. Es gibt auch Figuren wie z.B. Prof. Dr. Erich Weede, der Mitglied im Redaktionsbeirat von „eigentümlich frei“ ist und gleichzeitig Autor der „Jungen Freiheit“.

„eigentümlich frei“ positioniert sich unverhohlen offen: „Wir sind auf dem besten Wege in den totalitären Sozialismus. Ein Symptom ist die politisch gewollte Massenzuwanderung aus Vorderasien und Afrika in

den Sozialstaat – der 'große Austausch'“. Die Redaktion dieser 'Zeitung' stehe auf der Seite der „libertären Gegenwehr“. Und ohne große Umschweife verortet sie ihre Gegner_innen: „Es gibt aber auch Leute, die 'eigentümlich frei' nicht mögen: ... Gewerkschafter, Gesundheitsstalinisten, Ökofaschisten, Gender-Mainstreamer ... und Sozialdemokraten.“

Gewerkschaften und „Junge Freiheit“

Die Suche nach Artikeln in der online-Ausgabe der „Jungen Freiheit“ mit Stichworten wie „Gewerkschaft“, „DGB“, „Tarifverhandlungen“, „Tarifvertrag“, „1. Mai“ ergab eine magere Ausbeute. Am 30.4.2018 titelte die Zeitung: „1. Mai: CDU-Demo gegen Linksextremismus muß ausfallen“. Im Jahr zuvor war die Schlagzeile: „1. Mai-Demo: Antisemitismusstreit in linksextremer Szene“, „Jutta Ditfurth verläßt Bündnis“. Die Zeitung berichtet über „Linksextremisten“, die in Räumlichkeiten des DGB für ihre Zwecke würben und die AfD bekämpfen wollten. Schon vor sechs Jahren „hatte der ehemalige Vorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut den DGB aufgefordert, mehr Distanz zu Linksextremisten zu halten“. Die „Junge Freiheit“ zitierte am 21.10.2017 in einem Artikel ein Interview, dass Witthaut der Zeitung damals gegeben habe.

Die antigewerkschaftliche Haltung wird genüsslich zeleb-

riert. Gewerkschaftliche Anliegen, Forderungen, gesellschaftspolitische Aktivitäten werden ignoriert. Statt dessen werden Gewerkschaften als die wahren Arbeiterfeinde dargestellt: 'Natürlich' „verweigert verdi eigenen Mitarbeitern Tarifvertrag“ (1.9.2015). Wir haben diese Behauptung nicht nachgeprüft. Angenommen, die Behauptung stimmte. Gewerkschaftsmitglieder würden darauf bestehen, solche Verträge sofort zu verändern. Darum geht es der „Jungen Freiheit“ aber nicht. Bei der Berichterstattung über Gewerkschaften und Tarifverhandlungen geht es der Zeitung nicht um die Hebung des Lebensstandards, Inflationsausgleich, Abbau der Einkommensunterschiede bei den Beschäftigten: „Ob jedoch die pure Erhöhung der Nominallöhne den öffentlichen Dienst in Deutschland wirklich attraktiver machen wird, steht auf einem ganz anderen Blatt.“ (17.4.2018) So werden Zweifel an gewerkschaftlichen Strategien geschürt.

Die „Junge Freiheit“ hat angeblich den Königsweg zur Hebung des Lebensstandards gefunden: „Lebensqualität steigt nicht automatisch mit steigenden Einnahmen. Sie steigt nur dann wirklich effektiv, wenn Preise deutlich sinken. Doch der einzige Weg zu sinkenden Preisen besteht wiederum in einer Steigerung der Produktion pro Mitarbeiter. Eine solche steigende Produktivität führt dazu, daß das Angebot an Gütern und Dienst-

leistungen im Verhältnis zum Angebot an Arbeitskräften, die sie produzieren, steigt. Auf diese Weise werden die Preise im Verhältnis zu den Löhnen gesenkt und damit die Reallöhne und der allgemeine Lebensstandard erhöht.“ Wer Lohnerhöhung fordert, solle erst einmal produktiver werden. Schlussfolgerung: „Tatsächlich laufen ... die Bemühungen der Gewerkschaften, Geldlöhne anzuheben, gegen ihr eigenes Ziel, die Reallöhne und damit den Lebensstandard der Angestellten anzuheben.“

Zu dem Artikel „Die Macht der Elite-Gewerkschaften“ von Andreas Harlaß (20.10.2014), der vor den „übermächtigen“ Gewerkschaften warnt, darf eine Person, die sich „Kersti Wolnow“ nennt, ihren Kommentar abgeben: „Die Lehrgewerkschaft hat für uns Lehrer in HH nichts, aber auch gar nichts getan. Im Gegenteil, sie kungelten mit Senat und Bürgerschaft gemeinsam und setzten das unmögliche Arbeitszeitmodell durch, ließen unterrichtsfremde Tätigkeiten zu, die eigentlich die Sekretärinnen und Putzleute zu erledigen hätten, so daß für Bildung und Pädagogik kaum noch Zeit verblieb, abgesehen von den linksversifften Schulbuchinhalten.“ Harlaß' Weltbild ist so einfach gestrickt wie das seiner Leserin. Er schreibt: „Die allmächtige Bergarbeitergewerkschaft und andere gaben der britischen Industrie in diesen Jahren und davor bereits den wirtschaftlichen Todesstoß.“

Die Leserbriefe, die die „Junge Freiheit“ abdruckt, spiegeln die Meinung der Redaktion – einer sorgfältig arbeitenden Redaktion wäre aufgefallen, dass die Arbeitszeitverordnung nicht Idee der GEW war! Die Redaktion holt zum Rundumschlag aus: „Steinzeitgewerkschaftler“, „Raubrittertum“, „das kommunistische DGB-Dach“, „Kleiner Tipp, wer sich seinen

Gewerkschaftsbeitrag spart, der hat für sich selbst die größte Lohnerhöhung heraus geholt.“ Der AfD-Stammtisch brüllt vor Vergnügen. Ein weiterer Leser darf verkünden: „Würden die großen Gewerkschaften wie Verdi & Co einfach ihren Aufgaben nachkommen, anstatt mit der Konzernspitze den nächst besten Puff zu besuchen um dort die nächste Lohnerhöhung auszuklüngeln ...“ Das erregt den Kleinbürger!



Diesen Sticker können Sie nicht entfernen lassen ...

Gewerkschaften und „eigentümlich frei“

„Klare Worte“ sind in dieser Postille zu lesen: „De facto kommt der Gewerkschaft nämlich die Rolle eines Monopolisten zu, der über den Kartellpreis der Ware Arbeitszeit bestimmen kann, ohne sich mit irgendwelchen lästigen Konkurrenten konfrontiert zu sehen. ... Denn entweder es gilt der von der Gewerkschaft diktierte Preis der Arbeit oder gar keiner ... Das Diktat der Gewerkschaftsbunzen ... Die Gewerkschaft besitzt mithin die Macht, Menschen daran zu hindern, ihren Lebensunterhalt zu verdienen (solche nämlich, die bereit sind, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten). ... Gewerkschaften sind aus-

schließlich gut für ihre Funktionäre.“ (21.11.2018) Wer wollte bei diesen Tönen abstreiten, dass es sich bei diesem Presseorgan um ein Hetzblatt handelt?

Gewerkschaften und „compact“

Im Dezember 2015 konnte man noch in dieser Zeitung über das Thema „Mindestlohn“ lesen: „Genau deshalb war und ist die Umsetzung des Mindestlohns weiterhin sehr wichtig...“ Spätestens mit der „compact-Oppositionskonferenz“ am 25.11.2017 in Leipzig änderte sich der politische Standpunkt dieses Presseorgans von Jürgen Elsässer, dem Herausgeber. Neben Podiumsgästen wie Björn Höcke, Martin Sellner und Jürgen Elsässer trat auch der Daimler-Betriebsrat Oliver Hilburger auf, der mit der Parole „Alle Räder stehen still, wenn der blaue Arm es will“ für seine Liste „Zentrum Automobile e.V./Stuttgart“ warb (vgl. auch hlz 3-4/2018, S. 50). Seither schreibt „compact“ über eine „patriotische Offensive auf die Betriebe“ (März 2018). „Nach dem Vorbild von Hilburger und seiner Liste sollen [sic!] in möglichst vielen Betrieben oppositioneller Wind wehen.“ „compact“ zitiert einen Bericht von „einprozent.de“. Diese Internet-Organisation ist eine Hilfstruppe der rechten AfD-Freunde um Kubitschek/Institut für Staatspolitik, die Hilburger und Co. tatkräftig unterstützen. Es gehe jetzt nicht mehr um Arbeitnehmer-Rechte, sondern um den Kampf gegen die DGB-Gewerkschaften wie zum Beispiel das „linke(n) Klassenkampfprogramm von ver.di“ (März 2017, wie ein Marc Dasen in dem Artikel „Die verdisasi“ schreibt). Mit der Pose, etwas genüsslich offenlegen zu wollen, wird behauptet: „So geht es also zu, bei der allmächtigen IG Metall: Einer ihrer hochrangigen Betriebsräte wechselt die

Quelle: <https://twitter.com/AntifaAltonaOst>

Seiten“, „in den VW-Vorstand ...“ (Januar 2018). Es wird glatt unterstellt, die Gewerkschaft habe einen Betriebsrat zum Wechsel in einen Betriebsvorstand ermutigt. Ob oder aus welchem Grund der Betriebsrat überhaupt wechselte, ist an dieser Stelle von der hlz nicht recherchiert worden. Die Skandal-Konstruktion erfüllt für „compact“ allerdings einen Zweck, der sich in der rhetorischen Frage ausdrückt: „Kann aus dem patriotischen Widerstand gegen die Systemgewerkschaften eine Bewegung werden?“

Elsässer schrieb im Oktober 2017: „Warum sind dann Sozials und Gewerkschaften so krieche-risch islamophil?“ Er jammert: „... seitdem der Killervirus der 68er Ideologie die vaterländischen Traditionen der Linken vernichtet hat ...“ „Vor allem in der Automobilbranche gärt es, hier fährt das grünversifftete Establishment über die Diesel-Lüge

einen zusätzlichen Frontalangriff, eine Million Jobs sind bedroht.“

Und im September 2017 pöbelte er „gegen die grünversifftete IG Metall.“ Elsässer war früher



... und diesen Sticker auch nicht, Herr Wolf!

selber in einer Stuttgarter K-Gruppe tätig, deren Mitglieder sich am Anti-Atom-Kampf beteiligten. Er hat offenbar von Horst Mahler gelernt, dessen 'politische Karriere' ist wohl wegweisend.

Fazit

Alle untersuchten Medien nutzen ihre Internet-Präsenz, um gewerkschaftliche Positionen zu bekämpfen. Die abgefragten Stichworte offenbarten Textstellen, die antik-gewerkschaftliche Forderungen und Aktivitäten widerspiegeln. Die „Junge Freiheit“ versucht, die Gewerkschaften zu schwächen, indem sie deren angebliche linksradikale Unterwanderung anklagt. Sie versteht sich hauptsächlich als Kampfmaschine für die AfD. „Eigentümlich frei“ und „compact“ sind hauptsächlich daran interessiert, antigewerkschaftliche Formationen zu unterstützen und deren Wirkungskreis zu vergrößern. Alle genannten Organisationen und Medien sind gewerkschaftsfeindlich, gewerkschaftsschädigend, spalterisch und setzen sich nicht für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

WOLFGANG SVENSSON
hlz-Redaktion

RECHSTRADIKALE

Braun, das wie blau aussieht

Die Junge Alternative als Verdachtsfall

Im Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vom Januar 2019 werden die Junge Alternative (JA) und der sogenannte Flügel der Alternative für Deutschland (AfD) zum „Verdachtsfall“ erhoben. Es liegen – so das BfV – hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich um extremistische Bestrebungen handelt. Die Einstufung als Verdachtsfall ermöglicht nach den Regelungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln wie V-Leuten etc.

Seit 2013 gibt es die JA. Nach eigenen Angaben hat sie knapp zweitausend Mitglieder bundesweit, wobei diese Zahl seit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz stark sinkt. Laut Bundessatzung der AfD (§ 17) dient die JA „als Innovationsmotor der AfD und hat das Ziel, das Gedankengut der Partei in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der Jugend innerhalb der AfD zu vertreten.“ Wenn die JA das gleiche Gedankengut wie die Mutterpartei darstellen soll, was heißt das dann umgekehrt für die

Gesamtorganisation? Sind die Vorstellungen der JA zum „Bevölkerungsaustausch“, zur Bevorzugung von „ethnisch deutschen“ Familien, zur „Festung Europa“, zu Massenabschiebungen, zur Verunglimpfung des Islam, zur Herabsetzung und Verhöhnung des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime identisch mit denen der Mutterpartei oder werden sogar von dieser eingefordert?

Nach der offiziellen Einstufung des Verfassungsschutzes als „Verdachtsfall“ versucht der Hamburger Landesverband der AfD, sich von seiner regulären Jugendorganisation – ähnlich wie andere Landesverbände –

Hinweis: Die Farben des JA-Emblems entsprechen denen des AfD-Emblems – also: blau (mit rot)